



Das Naherholungsgebiet Gretlmühle im Osten der Stadt war am Dienstag im Verwaltungssenat gleich zweimal Gegenstand von Anträgen.

Foto: Klaus Leidorf

In der Gretlmühle darf weiter gegrillt werden

Nach Grill-Chaos am 1. Mai: Verwaltungssenat stimmt gegen Schließung des Grillplatzes

Von Uli Karg

Es müssen chaotische Zustände gewesen sein: Nachdem sich am 1. Mai im Naherholungsgebiet Gretlmühle rund 100 Grillfans verabredet hatten und aufgrund der Masse an Menschen nicht nur auf dem Grillplatz, sondern auch auf der Liegewiese und dem Parkplatz grillten, stellen die Auloher Stadträte Ludwig Schnur (CSU) und Ludwig Graf (Freie Wähler) tags drauf einen Dringlichkeitsantrag mit folgender Forderung: „Der Grillplatz am Naherholungsgebiet Gretlmühle wird sofort geschlossen.“ Im Verwaltungssenat wurde der Antrag am Dienstag behandelt – und abgelehnt. Tenor: Das bisher einmalige Chaos am 1. Mai dürfe nicht dazu führen, dass man den Landshutern generell die Chance nehme, in Gretlmühle zu grillen.

Ihren Antrag auf ein absolutes Grillverbot begründeten Schnur und Graf damit, dass sich „alle anderen Maßnahmen als wirkungslos erwiesen haben“. Die Verwaltung bestätigte in ihrer Stellungnahme, dass sich „leider“ nicht alle Besucher an die Satzung des Naherholungsgebiets halten. Zu den Verstößen zählten unter anderem: „Grillen außerhalb der vorgesehenen Fläche, Grillen trotz ausgesprochenem Grillverbot (Trockenheit), Grillen außerhalb der Öffnungszeiten.“ Zudem genieße der Grillplatz Gretlmühle bereits überregionales Renommée: „Wir bekommen bereits Anfragen aus München“, sagte Margit Urban vom Stadtgartenamt. Ihre Rechnung: Je mehr Menschen, desto mehr Verstöße – da kaum jemand mit seinem Grillgut kehrmache, wenn der extra dafür vorgesehene Grillplatz schon voll belegt sei.

Am leichtesten, so die Verwaltung, sei Verstößen deshalb durch ein generelles Grillverbot beizukommen. Demgegenüber sei das Interesse abzuwägen, einen öffentlichen Grillplatz vorzuhalten. Die Stadträte entschieden sich für Letzteres. „Ich bin klar gegen eine Schließung“, sagte etwa Maximilian Götzer (CSU). Vielmehr müssten drakonische Strafen verhängt werden, falls sich jemand nicht an die Regelungen für den Grillplatz halte. Die Satzung sieht bereits Bußgelder von bis zu 2500 Euro vor. Verhängt

wurden diese jedoch noch nie, so Urban. Auf diese Sanktionen müsste in Zukunft auf Schildern deutlich hingewiesen werden, sagte Götzer, der sich in diesem Zusammenhang zu wanderungskritische Folklore nicht verkniefen wollte: „Die Hinweise müssten dann auch in den Sprachen der entsprechenden Ethnien erfolgen, die dort verkehren.“

Humbig, meinte Tilman von Kuepach (Landshuter Mitte): „Wir machen nur deutschsprachige Schilder, vielleicht mit Piktogrammen. Alles andere kann nicht im Sinne der Integration sein. Ganz abgesehen davon, dass sich vielleicht jemand rausreden kann, weil ausgerechnet in seiner Sprache Hinweise auf dem Schild fehlen.“ Abgesehen davon sprach sich auch



Der bisher nur locker mit Baumstämmen abgegrenzte Grillbereich soll mit einer durchgehenden Planke begrenzt werden. Außerdem sollen Schilder darauf hinweisen, dass Grillen außerhalb dieses Bereichs verboten ist.

Foto: Christine Vinçon

von Kuepach gegen ein Grillverbot aus. Er sei im Sommer so gut wie jeden Tag in der Gretlmühle, Eskapaden wie am 1. Mai habe er dort ansonsten nie erlebt. „Man sollte für dieses Fehlverhalten jetzt nicht alle bestrafen.“

Einig war sich der Verwaltungssenat anschließend darüber, den Grillplatz, der bislang nur locker mit Baumstämmen eingegrenzt ist, durch eine deutliche Abgrenzung als geschlossenen Raum zu kenn-

zeichnen und mehr eindeutige Schilder aufzustellen, die nicht nur auf die Satzung hinweisen, sondern auch darauf, dass „ab hier“ Grillen verboten sei. Zudem soll durch eine Satzungsänderung das Aufstellen von Biertischgarnituren und ähnlichem untersagt werden, um so zu verhindern, dass der Grillplatz von größeren Gruppen belegt wird. Zur Kontrolle soll der bisher schon eingesetzte Sicherheitsdienst noch intensiver eingesetzt werden.

Schauen, was rauskommt

Badesee Gretlmühle wird auf multiresistente Keime untersucht

Nachdem in Badeseen in Niedersachsen multiresistente Bakterien gefunden wurden, stellte Grünen-Stadträtin Hedwig Borgmann am 20. März Antrag auf Untersuchung des Badesees Gretlmühle. Im Verwaltungssenat stieß der Antrag auf breite Zustimmung. Von nun an wird die Stadt den Badesee auf multiresistente Keime untersuchen.

Borgmann wies in ihrem Antrag auf die Gefahr multiresistenter Keime für Personen hin, deren Immunsystem geschwächt ist. „Damit kann bei einer positiven Beprobung jeder, der immunologisch ein Problem hat, Abstand von einem Besuch des Badesees nehmen.“

Die Verwaltung hatte zunächst darauf hingewiesen, dass der Badesee Gretlmühle als EU-Badegewässer vom Gesundheitsamt während der Badesaison monatlich auf fä-

kale Verunreinigungen untersucht werde. Dabei wurde dem See regelmäßig eine „ausgezeichnete Wasserqualität“ bescheinigt. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) untersuche außerdem seit 2017 im Rahmen einer Studie eine begrenzte Anzahl bayrischer Badeseen auf antibiotikaresistente Bakterien. Die Gretlmühle sei nicht darunter. Zwar könnte die Stadt eine Beprobung bei einem Labor in Auftrag geben (Kostenpunkt: 190 Euro). Die Zweckmäßigkeit dieser Beprobung zweifelte die Verwaltung indes an, da nach Auffassung des Stadtgartenamtes keine erhöhte Gefährdung für die Belastung mit multiresistenten Keimen bestehe. Der Badesee Gretlmühle verfüge über keine oberirdischen Zu- und Abflüsse, zudem grenzten landwirtschaftliche Flächen nicht unmittel-

bar an das Gewässer an. Abgesehen davon, gab Margit Urban vom Stadtgartenamt zu bedenken, „könnten multiresistente Keime theoretisch jeden Tag von einer Möwe eingeschleppt werden“.

Dass eine Untersuchung nur eine Momentaufnahme liefern kann, darin waren sich auch die Stadträte einig. Nichtsdestotrotz findet es Borgmann wichtig, bezüglich multiresistenter Keime Erkenntnisse zu sammeln. Der Verwaltungssenat sah dies genauso. „Ich unterstütze das voll und ganz“, meinte etwa Gaby Sultanow (CSU). „Das sind wir unserer Bevölkerung schuldig.“

Noch in diesem Sommer sollen die ersten Proben gezogen werden. „Dann können wir ja schauen, was rauskommt“, sagte Senatsvorsitzender Dr. Thomas Keyßner (Grüne).

-ku